



## **Niederschrift über die 3. Sitzung der Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ am 01.06.1999 im Großen Sitzungssaal des Polizeipräsidiums Koblenz**

Herr Polizeipräsident Weidmann begrüßte die Anwesenden im Polizeipräsidium und übergab das Wort nach einer kurzen Vorstellung des Hauses an Herrn Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann, welcher seinerseits die Anwesenden begrüßte und über die Tagesordnung informierte:

- Bericht zur Präventionsarbeit auf Landesebene durch Herrn Liesenfeld / Ministerium des Innern und für Sport
- Kriminalitätslagebericht durch Herrn Eder / Polizeipräsidium
- Sachstandsbericht aus den Projektgruppen durch Herrn Breitbarth / Stadtverwaltung
- Einführungsbericht zur Thematik „Farbschmierereien“ durch Herrn Breitbarth / Stadtverwaltung (Zusammenfassung der Aktivitäten anderer Städte)
- Diskussion der Thematik „Farbschmierereien“ im Plenum
- Bestimmung eines neuen Projekts.

In seinem Bericht über den Stand der Prävention im Land Rheinland-Pfalz teilte Herr Liesenfeld mit, dass in der kommenden Woche das fünfzigste kriminalpräventive Gremium (Bendorf) im Land seine Arbeit aufnehmen werde. Nachdem die Einrichtung kriminalpräventiver Gremien in Rheinland-Pfalz bis 1997 zunächst sehr südlastig gewesen sei, habe der Norden zwischenzeitlich nachgezogen, was u.a. dem Engagement des Polizeipräsidiums Koblenz zu verdanken sei. Alle rheinland-pfälzischen Oberzentren hätten nunmehr ein entsprechendes Gremium.

In Kürze werde die Gründung des Landespräventionsrates erfolgen, welcher durch seine Landesarbeitsgruppen Anstöße an die Gremien im Lande geben und diesen Projekte anbieten soll. Weiterhin erwähnte Herr Liesenfeld den Aufbau einer landesweiten Datenbank, über welche im Internet alle Projekte / Aktivitäten mit einer Vielzahl von Zusatzinformationen abrufbar seien. Hierdurch soll die landesweite Vernetzung weiter beschleunigt werden. Ebenfalls sei eine stärkere Vernetzung zwischen den Oberzentren geplant, wozu nach den Sommerferien ein Treffen in

Mainz stattfinden soll.

Angekündigt wurden zum Abschluss die Durchführung der Aktion „Wer nichts tut macht mit“ zur Stärkung von Zivilcourage und gegen das „Wegschauen“, sowie der Landespräventionstag am 23.08.1999 im Mainzer Schloss unter dem Motto „Senioren“.

Anschließend trug Herr Eder die Fakten zur Kriminalitätsentwicklung im Vergleich der Jahre 1997/1998 und dem ersten Quartal 1999 vor. Hierbei war anzumerken, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Stadtgebiet Koblenz 1997 auf 1998 deutlich um 9,9 % zurückging und sich diese Tendenz im ersten Quartal 1999 fortsetzte (- 14,1 %). Herr Eder führte aus, dass sich damit die, in der letzten Sitzung des Gremiums, Ende Oktober 1998, geäußerte Prognose, bestätigt habe und die damalige Steigerung auf die im ersten Halbjahr statistisch erfaßten Vorgänge aus der AG City und einem Ärzteverfahren zurückführen sei.

Im Vergleich der Jahre 1997 und 1998 sei die Zahl der schweren Diebstähle um 15,9 % zurückgegangen, wobei insbesondere beim Kfz-Bereich ein starker Rückgang zu verzeichnen sei. Einen Anstieg habe man bei den Taschendiebstählen feststellen müssen, obgleich eine Tätergruppe aus Köln, welche mit der Bahn anreiste und schwerpunktmäßig an Bushaltestellen in der Innenstadt agierte, festgenommen werden konnte. Ein Anstieg bei der Rauschgiftkriminalität erkläre sich aus der verstärkten Ermittlungstätigkeit der AG City.

Rückgänge seien beim Raub und der räuberischen Erpressung, der Straßenkriminalität allgemein (insbesondere auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen verübte Delikte), sowie bei den Ladendiebstählen zu verzeichnen. Entgegen diesem Trend würden aber immer öfter Kinder bei Ladendiebstählen ertappt. Eine leichte Zunahme habe es bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gegeben, wobei sich hierbei aber eine nicht unerhebliche Erhöhung bei den Delikten des sexuellen Mißbrauchs von Kindern zeige. Herr Eder konnte jedoch berichten, dass der „Klingeltäter“ festgenommen werden konnte, als er wiederum versuchte, Mädchen in die Keller von Mehrfamilienhäusern zu locken. Herr Eder stellte in diesem Zusammenhang das aufmerksame und couragierte Verhalten der Anwohner heraus, welches zur Festnahme des Täters führte, der mittlerweile eine Haftstrafe verbüße.

Sorge bereite die weiterhin steigende Anzahl der ermittelten Täter unter 21 Jahren, insbesondere die der ermittelten Kinder. Der Schwerpunkt liege hier bei Ladendiebstählen und Körperverletzungsdelikten. Dieser landesweiten Tendenz begegne die Polizei mit der Einrichtung der Sachgebiete Jugendkriminalität. Seit dem 01.01.1998 seien dort fünf Beamte eingesetzt, die sich für den Bereich Koblenz ausschließlich mit Tätern und Opfern dieser Altersgruppe beschäftigen.

Zusammenfassend könne man feststellen, dass sich die Fallzahlen in der Stadt Koblenz mittlerweile wieder den Jahren 1996 und früher annähern, gleiches gelte für die Häufigkeitsziffer (Straftatenaufkommen pro Kopf der Bevölkerung). Den erheblichen Rückgang des Straftatenaufkommens führe die Polizei auf die Vielzahl der gezielt durchgeführten Sondermaßnahmen im Innenstadtbereich zurück. Hierzu seien insbesondere auch die zahlreichen Informationsveranstaltungen der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle, unterstützt durch den Einsatz des

Sicherheitsmobils zu zählen. Nicht zuletzt sei hier auch die Einrichtung der Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“ zu nennen, durch deren Präventionsarbeit, ein weiteres Mittel geschaffen worden sei, um der Kriminalität in der Stadt Koblenz zukünftig noch wirksamer begegnen zu können.

Es ergaben sich hierzu Rückfragen hinsichtlich der „Plazierung“ der Stadt Koblenz bei den Häufigkeitszahlen, der Ausländerkriminalität und dem Verhältnis zum Landesschnitt. Aus dem Plenum wurde hinsichtlich der Rückfragen aber auch angemerkt, man solle sich hier auf die Koblenzer Zahlen konzentrieren, denn die Landesebene weise ungleiche Ausgangsfaktoren auf. Zudem könne die unkommentierte Benennung reiner Zahlenwerte zur Stigmatisierung einzelner Gruppen führen.

Die nachgereichten Angaben hinsichtlich der Rückfrage ergaben folgende Rangfolgen:

Kriminalitätsaufkommen 1997: Mainz, Koblenz, Ludwigshafen, Trier, Kaiserslautern

Kriminalitätsaufkommen 1998: Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier, Kaiserslautern

nach Häufigkeitsziffer 1998: Koblenz, Trier, Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern.

Herr Polizeipräsident Weidmann teilte dazu mit, dass die Ausgangsstatistik keine direkte Vergleichbarkeit zwischen den rheinland-pfälzischen Großstädten zulasse, dennoch den statistisch erfassten Tendenzen nachgegangen werden müsse.

Auf die Frage nach dem Aufkommen der organisierten Kriminalität in der Stadt Koblenz konnte mitgeteilt werden, dass im Gegensatz zu anderen Ballungszentren keine mafiösen Strukturen feststellbar seien. Ein weißer Fleck sei Koblenz aber auch nicht.

Als Gründe für die Jugendkriminalität in Koblenz wurde das gestiegene Anzeige- und das geänderte Freizeitverhalten angeführt. Erwähnt wurde in diesem Zusammenhang nochmals, dass seit dem 01.01.1998 landesweit Jugendsachbearbeiter bei den Polizeidienststellen angesiedelt wurden. Daher wurde vorgeschlagen, in die nächste Sitzung des kriminalpräventiven Gremiums, Herrn Meurer, Jugendsachbearbeiter der Polizeidirektion Koblenz, einzuladen, um seine Arbeit vorstellen zu können. Ergänzend hierzu solle dann noch die Staatsanwaltschaft hinzugezogen werden.

Zum zwischenzeitlich eingestellten Projekt „Beschleunigtes Verfahren“ wurde durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann mitgeteilt, dass wie in der letzten Sitzung abgesprochen, ein Schreiben an Justizminister Caesar gesandt wurde, eine Antwort aber noch ausstehe.

Im Anschluss informierte Herr Breitbarth über die Arbeit in den Projektgruppen der Initiative. Innerhalb der Projektgruppe „Saubere/sichere Innenstadt“ habe man sich mit Farbschmierereien, mit Unrat und mit einer City-Streife des Koblenzer Wach- und Schließdienstes beschäftigt. Hinsichtlich der Farbschmierereien sei eine Umfrage bei 28 Behörden/Institutionen (u.a. Schulverwaltungsamt stellvertretend für alle Schulen) in Koblenz durchgeführt. Hierbei habe man, bei 24 Rückläufern, für die Jahre 1997 und 1998 zusammen eine Schadenshöhe von ca. 200.000 DM im öffentlichen Bereich ermitteln können. Eine zusätzliche Rückfrage bei der Deutschen Bahn AG habe zudem ergeben, dass man den Bereich Koblenz, was Farbschmierereien betrifft,

als unproblematisch ansehe. Im Rahmen der Befragung seien von 4 Behörden/Institutionen zudem Wandflächen für legale Graffiti in Aussicht gestellt worden. Die Koordination der legalen Wandgestaltungen erfolge nun durch das Jugendamt.

Zum Thema „Unrat“ wurde ausgeführt, dass man den Bürgern eine zentrale Meldestelle (Call-Center) für Mitteilungen hinsichtlich Unrat, aber auch beispielsweise defekter Straßenbeleuchtung, bieten wolle. Dem Bürger sei die Kenntnis über die Vielfalt an Zuständigkeiten, gerade beim Unrat kaum zu vermitteln. Da letztlich den Bürger auch nur die Beseitigung des Unrats interessiere, müsse eine zentrale Stelle die Meldungen entgegennehmen und auf die zuständigen Fachbereiche verteilen. Aus dem Plenum wurde angemerkt, dass neben der Beseitigung von Unrat auch die Ermittlung der Verursacher betrieben werden müsse.

Zur geplanten City-Streife des Koblenzer Wach- und Schließdienstes wurde mitgeteilt, dass diese nicht in Konkurrenz zur gemeinsamen Streife von Polizei und Ordnungsamt durchgeführt werden solle, sondern als Service für die Gewerbetreibenden fungiere. U.a. gehe es hier hauptsächlich um Hilfestellungen bei Ladendiebstahl (Erstatten einer Anzeige, etc.) und Beratung. Die rechtlichen Möglichkeiten für die Mitarbeiter des privaten Sicherheitsunternehmens seien bereits in einem gemeinsamen Gespräch mit Polizei und Ordnungsamt geklärt worden. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheine eine Realisierung aber wenig aussichtsreich, da 150 Einzelhändler 100 DM monatlich zahlen müssten, um die Finanzierung zu sichern. Ein entsprechendes Interesse liege aber derzeit nicht vor. Alle Anwesenden waren sich einig, dass, sollte es zu einer City-Streife kommen, nicht das Bild von „schwarzen Sheriffs“ entstehen dürfe.

Erwähnt wurde durch Herrn Breitbarth noch die Gefahrenabwehrverordnung, welche, nachdem der Stadtrat dem Entwurf zugestimmt hatte und die Bezirksregierung keine Bedenken hatte, nach internen Abstimmungen frühestens Anfang September in Kraft gesetzt werden könne.

Zum Projekt „Doppelstreife“ wurde ausgeführt, dass die gemeinsame Streife von Polizei und Ordnungsamt nach Uniformierung der städtischen Vollzugskräfte in Kürze starten werde.

Die Projektgruppe „Angsträume“ habe zunächst über die Presse von Bürgern/Besuchern erfragen wollen, wo sie sich in der Stadt Koblenz unsicher fühlen. Diese lose Befragung sei aber nahezu resonanzlos geblieben (10 Anrufe). Daher habe man sich sein Betätigungsfeld selbst gesucht und habe sich mit dem in der Neugestaltung befindlichen Bahnhofsvorplatz beschäftigt. Nachdem man über die Planungen informiert wurde, sei ein mehrseitiger Kriterienkatalog für mehr Sicherheit am neuen Bahnhofsvorplatz ausgearbeitet worden. Diesen Katalog habe man den zuständigen Stellen vorgelegt.

Exemplare der Ausarbeitung wurden an die Teilnehmer der Sitzung ausgegeben. Hierbei wurde geäußert, man solle künftig derartige Schriftstücke ca. zehn Tage vor den Sitzungen an die Teilnehmer herausgeben, so dass sich auch das Plenum dazu äußern könne.

Als neue Thematik beschäftige sich die Projektgruppe derzeit mit der Unterführung am Saarkreisel. Nach einem bereits erfolgten Ortstermin, bei welchem einige Mängel

aufgedeckt und Ideen entwickelt werden konnten, werde nunmehr durch die Projektgruppe eine Konzeption zur Umsetzung der Verbesserungsmöglichkeiten ausgearbeitet.

Zum Projekt „Gewalt an Schulen“ wurde mitgeteilt, dass sich die Projektgruppe nach ihrer Formierung, in drei Untergruppen geteilt habe. Dies seien, die Gruppe „Bestehende Maßnahmen der Gewaltprävention an Schulen“, die Gruppe „Prävention in der Früherziehung“ und die Gruppe „Sicherer Schulweg“. Die erste Gruppe sei derzeit damit beschäftigt, bestehende Präventionsmaßnahmen als Informationsquelle für Interessierte zu katalogisieren. Die Gruppe „Prävention in der Früherziehung“ habe ihre Schwerpunkte zunächst auf den Informationsmangel und die Vernetzung zwischen den beteiligten Institutionen gelegt. Weiterhin werde man sich dem Problemfeld „Eltern“ widmen. Die Gruppe „Sicherer Schulweg“ beschäftige sich mit der Ermittlung von Sachbeschädigungen und Personendelikten in Schulbussen. Weiterhin seien Plakataktionen mit der KEVAG geplant, die zur gegenseitigen Rücksichtnahme motivieren sollen. Zudem werde die Gruppe versuchen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit in der Presse, bei Infoveranstaltungen, Elternabenden, durch Elternbriefe und Plakataktionen, zu betreiben. Zu Schuljahresbeginn werde, als deeskalierende Maßnahme, an den zentralen Bushaltestellen, wie dem Löhr-Center, dem Hauptbahnhof und der Pfulgasse verstärkte Polizeipräsenz vorhanden sein.

Ein Angebot des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung hinsichtlich der Durchführung eines Schulpräventionstages in Koblenz habe zunächst verschoben werden müssen. Das Angebot werde jedoch aufgegriffen, sobald sich die Projektgruppe etabliert habe, bzw. werde die Veranstaltung evtl. von der Geschäftsstelle der Initiative organisiert.

An die Berichte aus den Projektgruppen anschließend, wurde das Thema „Farbschmierereien“, auf Bitte der CDU-Stadtratsfraktion, konkreter aufgegriffen. Hierzu stellte Herr Breitbarth zunächst die Maßnahmen anderer Städte vor. Diese sind in Stichworten dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

In der im Anschluss geführten Diskussion wurde festgestellt, dass zwar Farbschmierereien auf die gesamte Stadt Koblenz bezogen als eher weniger problematisch anzusehen sind, jedoch in einigen Stadtteilen hier durchaus Probleme bestehen. Erwähnt wurde in diesem Zusammenhang, dass derzeit juristische Bestrebungen existieren, Sachbeschädigungen durch Farbschmierereien den Charakter des Antragsdeliktes zu nehmen.

Die Geschäftsstelle wurde beauftragt, die Erfahrungen der Stadt Köln mit der dortigen Anti-Spray-Aktion zu ermitteln. Aus dem Plenum wurde geäußert, dass je illegaler etwas sei, desto reizvoller wirke es. Daher müsse man das legale Sprühen fördern und diese Ausdrucksform der Jugendlichen auch ernst nehmen. Sachbeschädigungen seien natürlich zu ahnden, jedoch müsse man neben der Strafverfolgung bemüht sein, das Sprühen in legale Bahnen zu lenken. Hier sei auch ein Auftrag für die Kunstlehrer in den Schulen zu finden.

Herr Polizeipräsident Weidmann stellte heraus, dass es sich bei Sachbeschädigungen durch Farbschmierereien um Straftaten handele, aber es letztlich auch eine Aufgabe der Gesellschaft sei, diesbezügliche Probleme in den

Griff zu bekommen, wenn die Gesellschaft Farbschmierereien als ernsthaftes Problem ansehe.

Man einigte sich darauf, ein „Modell Koblenz“, auf Grundlage dessen, was andere Städte geplant haben, zu erarbeiten.

Da neben den festen Projekten „Saubere/sichere Innenstadt“, „Angsträume“ und „Gewalt an Schulen“ das Projekt „Doppelstreife“ nunmehr ausschließlich von den Fachbereichen der Polizei und des Ordnungsamtes organisiert wird, sollte ein neues, langfristig angelegtes Projekt eingerichtet werden. Man einigte sich auf das Thema „Sicherheit im Alter“, entsprechend dem Motto des diesjährigen Landespräventionstages.

Koblenz, 22.07.1999

Protokoll erstellt:

gez. Breitbarth

Vorsitzender:

gez. Dr. E. Schulte-Wissermann

Anlage zum Protokoll:

Teilnehmerliste  
Maßnahmen anderer Städte gegen Farbschmierereien

Herausgegeben von der

Geschäftsstelle Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“  
Herrn Breitbarth  
Stadtverwaltung Koblenz  
Ordnungsamt  
Ludwig-Erhard-Straße 2  
56073 Koblenz